

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P, XXIV. 162

Bonn, den 27. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	<u>Unabhängigkeit vorausgesetzt</u>	68
	Zum zwanzigjährigen Bestehen der Deutschen Presseagentur Von Fritz Sänger, MdB	
3	<u>Verführer am Werk</u>	41
	Zielgruppe Vertriebene und Flüchtlinge	
4 - 5	<u>Altenpflege - Berufe für Frauen und Männer</u>	84
	Die Alienpfelegerinnen-Ausbildung bei der Arbeiterwohlfahrt	
6	<u>Nach schwedischem Modell</u>	35
	Das Regierungsprogramm der norwegischen Sozialdemokraten	

Unabhängigkeit vorausgesetzt

Kum zwanzigjährigen Bestehen der Deutschen Presseagentur

Von Fritz Sänger, MdB

Statuten können, wie Gesetze, nur Ziele zeigen, Grenzen ziehen und Aufgaben stellen. Die Wege zum Ziel, die Erfüllung der Aufgaben - es ist die Sache der Menschen, sie zu finden und zu erreichen. Die Deutsche Presseagentur, - dpa -, die am 1. September 1949 aus dem Zusammenschluß der drei in den westlichen Besatzungszonen von den Engländern, Amerikanern und Franzosen ins Leben gerufenen Nachrichtenagenturen DEMA, Deutscher Pressedienst und SUDEMA, hervorging, stellte sich ein Ziel und stand vor einer unter den damaligen Verhältnissen besonders schweren Aufgabe: Sie wollte ein unabhängiges Unternehmen sein und bleiben und ihre Aufgabe erfüllen "unparteilich und unabhängig von Einwirkungen und Einflüssen durch Parteien, Weltanschauungsgruppen, Wirtschafts- und Finanzgruppen, Regierungen und Besatzungsmächten".

Wahrscheinlich, damals wurde das Grundgesetz der lebendigen Demokratie formuliert und geschaffen und gültig. Aber eben noch hatte die zweigeteilte Nachricht, die gelenkte Information des totalen Staates geberrschet und eben noch hatten auch Militarregierungen Sondervorschriften zur Saltung zu bringen versucht. Jetzt kam es darauf an, den elementaren Grundsatz journalistischer Arbeit durchzusetzen: Tatsachen sind heilig, Meinungen sind frei.

Tatsachen werden in Nachrichten mitgeteilt, und die Leser der Zeitungen und Hörer des Rundfunks sind durch sie mit der Welt verbunden, in der sie leben und in der sie ihre Meinung zu sagen wünschen und sagen sollten. Nur dann lebt ein Staatswesen in demokratischer Verfassung, wenn der Bürger ungeschminkt erfährt was ist, umfassend, wahrheitsgemäß und ohne Rücksicht auf Umstände oder Interessen.

Eine Nachrichtenagentur äußert nicht Meinungen, aber es kann sie vermelden, wenn sie wichtig sind. Eine Nachrichtenagentur hat es allein mit den Tatsachen, den Ereignissen und ihrer Darstellung zu tun.

Deshalb gilt in ihr nur eine Weisung: Sorgfalt und Wahrheitsstreue zu haben. Ihre Erfüllung hängt von der Leistung der Journalisten und der

vielen Helfer ab, die im Zubringen und Aussenden der Nachrichten unter dem gleichen Gesetz stehen. Wer immer Eigentümer einer Nachrichtenagentur ist - er hat zu beobachten, zu kontrollieren und zu ordnen, er hat jede Chance zur Erfassung der Nachrichten und zu ihrer schnellen Weitergabe zu bieten. Eines aber kann und darf er nie: In die Entscheidungen zur Nachrichtenarbeit hineinreden.

Deshalb haben die deutschen Zeitungsverleger, als sie 1949 die Deutsche Presseagentur gründeten, das Unternehmen unzweideutig gegen Gruppen, Parteien und Regierungen abgeschirmt. Die Kapitalgrundlage der Agentur wird nur von den Zeitungen und Rundfunkanstalten und nicht von der Regierung oder von Gruppen der Gesellschaft geboten. Die Gefahr des Großeigentümers wurde erkannt: niemand kann mehr als ein Prozent der Geschäftsanteile erwerben.

Es erhob sich bei der Gründung und es erhebt sich am zwanzigsten Jahrestag des Bestehens der Gesellschaft mit beschränkter Haftung deshalb die Frage, ob es nicht sinnvoll, ja nützlich und gar nötig wäre, in die Organe, welche die Kontrolle, die Beobachtung, das Ordnen ausüben, neben Zeitungsverlegern auch Journalisten zu berufen.

Die Deutsche Presseagentur wurde in den zwei Jahrzehnten ihres Bestehens im deutschsprachigen Gebiet zur größten und bedeutendsten Sammel- und Umschlagstelle für Nachrichten. Die Zuverlässigkeit und Objektivität des von ihr in Deutschland und in vielen Ländern der Welt gesammelten und angebotenen Materials hat ihr, wo immer sie Nachrichten erarbeitet oder ausgibt, Achtung eingebracht. Das ist der Erfolg einer beständigen Leistung, die umso schwerer wiegt, als die anonym bleiben, die sie bieten.

Der Leser und Hörer wird das dankbar anerkennen. Der politisch tätige Zeitgenosse, der die Effektivität dieser Arbeit in besonderer Weise braucht, weiß, daß die Unabhängigkeit der Agentur und der in ihr wirkenden Mitarbeiter die Voraussetzung des Erfolges war. Er ist gewiß, daß die Freiheit, in der sie in eigener Verantwortung arbeiten, die einzige Garantie für eine gesicherte Zukunft der Institution ist. Noch für eine lange Zeit wird die nationale Nachrichtenagentur unentbehrlich sein. Aber auch für diese Zeit wäre jedes Streben nach übernationaler Führung ein Widerspruch gegenüber der Aufgabe - es sei denn, man wolle unter den Strebenden nach Objektivität und Schnelligkeit der Erste sein.

Verführer am Werk

Zielgruppe Vertriebene und Flüchtlinge

sp - Von einer intensiven und demagogisch gefärbten propagandistischen Einwirkung auf Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen erhofft sich die NPD bei der Bundestagswahl einen Erfolg. Sie verspricht ihnen, was vielleicht manche gern hören wollen, ein wiedererstandenes Deutschland, mindestens in den Grenzen von Versailles, eine garantierte Rückkehr in die Vertreibungsgebiete, wohl wissend, daß dies nicht einmal durch einen Krieg zu erreichen ist. Dies wäre das Ende unseres Volkes. Es gäbe nur noch Friedhöfe.

Die Bodenkenlosigkeit der NPD-Führer kennt keine Grenzen, sie spielen mit den Feuer und mit den Lebensinteressen unseres Volkes. In einer vertraulichen Redneranweisung beziehen sie in das von ihnen erstrebte Deutschland auch das Sudetenland ein, das "durch einen völkerrechtlich gültigen Vertrag deutsches Staatsgebiet wurde", dabei die Tatsache negierend, daß die Bundesregierung in ihrer ersten Regierungserklärung sagte, sie habe und stelle keine territorialen Forderungen an die Tschechoslowakei. Die NPD hält sich nicht daran. Hier übt sie den Dolchstoß, und enthüllt, jedem erkennbar, damit die friedensfeindliche Zielsetzung ihrer Politik. Sie entlarvt sich, allen offenkundig, als Nachfolger der Verderber des deutschen Volkes.

Zu den Gebrannten unseres Volkes gehören die Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen. Sie mußten die verbrecherische Politik des Dritten Reiches mit dem Verlust ihrer angestammten Heimat bezahlen. Sie trugen und tragen am schwersten an der Last des frevelhaft ausgelösten Zweiten Weltkrieges, der vor 30 Jahren begann und so viel Unglück über Deutschland, Europa und die Welt brachte. Die große Masse der Vertriebenen und Flüchtlinge muß es geradezu als Hohn und Beldächtigung empfinden, von einer Partei umworben zu werden, die die Verwandtschaft mit den Urhebern ihres von Leid und Schmerz geprägten Schicksals nicht verleugnen kann.

Die Spekulation der neuen Volkverführer dürfte wohl kaum Früchte tragen. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Die Eingliederung von Millionen Entwurzelter in das staatliche, gesellschaftliche und politische Gefüge der Bundesrepublik gehört zum eigentlichen "deutschen Wunder" der Nachkriegszeit. Hier gelang auf dem Boden des zertrümmerten Deutschland eine Gemeinschaftsleistung, die Zeugnis ablegt von der Kraft des inneren Zusammenhaltes unseres Volkes. Ihn gilt es zu bewahren und zu stärken. Die NPD irrt, wenn sie glaubt, Vertriebene und Flüchtlinge wären für neue verbrecherische Abenteuer anfällig, ließen sich leicht verführen und neigten mehr zu Illusionen als zur Anerkennung von Realitäten. Das mögen auch jene Propagandaredner der CDU/CSU bedenken, die allzuleicht an nationalistische Instinkte appellieren. Sie geraten dabei in die Nähe zur NPD.

+ + +

Altenpflege - Beruf für Frauen und Männer

Die Altenpflegerinnen-Ausbildung bei der Arbeiterwohlfahrt

Ms - Zwei AW-Landesverbände, Berlin und Bayern, führen Altenpflegeschulen. Diese Einrichtungen stehen allen Männern und Frauen zwischen 20 und 55 Jahren offen, die gesund und leistungsfähig sind und sich zu dieser Aufgabe hingezogen fühlen. In Berlin wird bereits seit 1961 eine berufsbegleitende Ausbildungsform mit Erfolg praktiziert. Damit ist man den Wünschen vieler entgegengekommen, und nicht zuletzt deshalb ist der Andrang so groß, daß es genügt, den Bezirksarbeitsämtern den Beginn des nächsten Lehrgangs anzukündigen, um mehr Meldungen zu bekommen als berücksichtigt werden können.

Nach seit Jahren bewährtem Plan kommen die Teilnehmer 17 Wochen lang Montag, Mittwoch und Donnerstag von 18 bis 21 Uhr zum Unterricht. Auf dem Stundenplan stehen Öffentliche und Freie Wohlfahrtspflege, Alterssoziologie, Sozialhilfemaßnahmen, Gesundheits- und Krankheitslehre, Anatomie, Alterskrankheiten, psychische Veränderungen bei alten Menschen, gesunde Ernährung, Krankenernährung, Gruppenarbeit.

Nach den ersten acht Wochen wird ein Vollzeitpraktikum von zweieinhalb Wochen in der Krankenanstalt für chronisch Kranke eingeschoben, in dessen Verlauf pflegerische Tätigkeiten unter Anleitung erlernt und geübt werden.

Während der zweiten Hälfte der Ausbildungszeit wird ein dreitägiges Wochenendseminar im Heim Neu-Kladow veranstaltet, das trotz Anstrengung stets für alle Teilnehmer zu einem frohen Erlebnis wird. Jeder muß ferner eine Nacht im Krankenhaus für chronisch Kranke wachen und an einer Sprechstunde in der Fürsorgeabteilung teilnehmen. Die fünf Monate dauernde Ausbildung schließt mit einer Prüfung ab, zu der auch eine Hausarbeit und eine Klausurarbeit gehören. Zum Schluß gibt es ein Zeugnis über die Befähigung als Altenpflegerin.

329 Frauen und 78 Männer haben es bis Ende 1968 erworben. 50 sind in diesen Tagen hinzugekommen. Alle werden, wenn sie eine Tätigkeit in einem Berliner Altenheim aufnehmen, im ersten Berufsjahr nach BAT VIII, danach nach BAT VII eingestuft. Bisher haben 16 Teilnehmer aus der Bundesrepublik diese Ausbildungsmöglichkeit wahrgenommen. Sie wohnen während der Kurszeit im Arbeitnehmerwohnheim der Arbeiterwohlfahrt und arbeiten tagsüber acht Stunden als pflegerische Hilfskräfte im Krankenhaus für chronisch Kranke. Dafür erhalten sie ein Entgelt, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten und Miete zahlen können. Die Teilnahme am Lehrgang selbst kostet nichts.

In München geht man einen anderen Weg. Die Lehrgänge an der Fachschule für Altenpflege des Landesverbandes Bayern dauern ein Jahr, davon sind 26 Wochen dem Unterricht und 26 Wochen dem praktischen

Einsatz vorbehalten, der bereits nach Tarif bezahlt wird. Während der Unterrichtszeit entstehen Kosten, deren Aufbringung von Fall zu Fall geregelt wird. Meist geben die zuständigen Arbeitsämter Beihilfen. In keinem Fall braucht die Ausbildung an der Kosten zu scheitern.

Diese längere Vollzeitausbildung ist weniger anstrengend und breiter angelegt; sie umfaßt auch zusätzliche Fächer, z. B. Kochen, Hausarbeit, Wäschebehandlung, Schriftverkehr und Buchführung, Singen und Bewegungsübungen, Beschäftigungslehre und Werken. Wer die Möglichkeit hat, zwischen Berlin und München zu wählen, hat es also nicht ganz leicht. In jedem Fall wird ihm jedoch nach Abschluß der Ausbildung ein Arbeitsplatz, je nach Wunsch und Neigung im Heim oder in der offenen Altenpflege, sicher sein.

Altenpflege ist ein Beruf, der zunächst für reifere Menschen geeignet erscheint, wobei vor allem an Frauen gedacht ist, die durch ihre Familien nicht mehr voll in Anspruch genommen sind. Männer kommen oft aus handwerklichen Berufen, die nicht mehr gefragt sind, aus dem Bergbau oder aus der Landwirtschaft. Aber auch unter den Frauen dominieren keineswegs die ehemaligen Familiennützer, viele kommen aus Industrie- und Büroberufen und wünschen sich jetzt einen Beruf, der unmittelbar dem Menschen dient.

Wer Altenheime besucht, ist indessen immer wieder überrascht darüber, wie viele junge und vitale Menschen die Arbeit mit Alten und Gebrechlichen zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben und sich gar keine andere berufliche Tätigkeit wünschen. Ihnen macht der Umgang mit alten Menschen Freude.

Die Routinearbeit im Heim ist bald gelernt, aber wer eine gute Altenpflegerin, ein guter Altenpfleger sein will, braucht viel Geschick, Einfühlungsvermögen und Verstand. Man muß gut beobachten können, denn nicht jeder Schmerz und jede Behinderung ist einfach altersbedingt; oft kann man etwas dagegen tun. Man muß erfinderisch sein im Heranziehen von Hilfsmitteln, mit denen ein alter Mensch trotz Behinderung von fremder Hilfe möglichst unabhängig bleiben kann - nicht um den Pfleger zu entlasten, sondern um das Selbstgefühl des alten Menschen zu erhalten. Schließlich muß man Anregungen geben und Interessen wecken, aber auch wissen, wenn man einen alten Menschen besser in Ruhe läßt; er muß sich ja nicht um jeden Preis beschäftigen.

All dies braucht eine Altenpflegerin nicht allein zu meistern. Schwester, Ärzte, Krankengymnastinnen, Beschäftigungstherapeutinnen können zu Rate gezogen werden. Aber die Pflegerin und der Pfleger sind doch stets diejenigen, die den von ihnen versorgten Menschen am nächsten stehen und von denen ihr Wohlbefinden weitgehend abhängt.

+ + +

Nach schwedischem Modell

Das Regierungsprogramm der norwegischen Sozialdemokraten

10 - Vom 6. bis 8. September wird Norwegen seinen neuen Storting, den Reichstag des Königreichs, wählen. Die Arbeiterpartei, wie sich die Sozialdemokraten nennen, hat große Chancen, wieder das Heft in die Hand zu bekommen. Die norwegischen Wähler haben zwischen dem bisherigen Chef des Bürgerblocks Borten und dem neuen Vorsitzenden der Sozialdemokraten Bratteli zu entscheiden. Sie haben ferner zu entscheiden, ob die Sozialdemokraten, die Norwegen von 1935 bis 1963 ununterbrochen regierten und in den industriellen Wohlfahrtsstaat führten, wieder an die Macht kommen sollen.

Die Regierung Borten mit ihren vier bürgerlichen Parteien stützt sich auf 80 Abgeordnete. Die Sozialdemokraten verfügen über 68 Sitze. Am Rande agieren zwei Volkssozialisten unter Gustafsen, der nicht mehr kandidiert. Beobachter geben dem linksextremen Flügel in der norwegischen Parteienskala keine Chance mehr.

Hauptwahlkampfthema ist die norwegische Innenpolitik. Auf diesem Feld haben die Sozialdemokraten ein geschlossenes Programm anzubieten. Vor allem darauf stützt sich ihre Zuversicht, wieder an die Regierung zu kommen. Dieses Programm orientiert sich in vielen Punkten am schwedischen Modell. Die Staatsbanken Norwegens sollen ausgebaut werden, um die Kreditdecke für den industriellen Export, den Wohnungsbau sowie die Fischerei, Landwirtschaft und Kommunen zu vergrößern.

1970 soll in Norwegen die Mehrwertsteuer eingeführt werden. Der Bürgerblock plädiert für 20 Prozent als Ablösung der jetzt geltenden Umsatzsteuer von 13,5 Prozent. Das wird zwangsläufig eine Preissteigerung von 5,8 Prozent bringen, wozu noch die jetzt übliche Rate von vier Prozent pro Jahr kommt. Den Sozialdemokraten kommt es nun darauf an, diese Preissteigerung zu umgehen. Sie plädieren dafür, die Mehrwertsteuer nur auf 15 Prozent festzusetzen und mit einem finanzpolitischen Instrumentarium dafür zu sorgen, daß die Preise endlich stehenbleiben.

Die Gelder, die der Staat für Arbeitsplatzinvestitionen benötigt sollen durch höhere Belastungen der hohen Einkommen beschafft werden. Demgegenüber wünscht der Bürgerblock Steuervergünstigungen besonders für die höheren Einkommen.